

MBI INFORMIERT

MÜLHEIMER BÜRGER-INITIATIVEN
UNABHÄNGIGE WÄHLERGEMEINSCHAFT Nr. 11/11-02

MBI-Geschäftsstelle

Kohlenkamp 1,
45468 Mülheim

Tel. 0208 - 3899810

Fax 0208 - 3899811

e-mail: mbi@mbi-mh.de

<http://www.mbi-mh.de>

Alles erlaubt in der Bananenrepublik Mülheim?

WAZ-Kommentar, 17.11.11, von M. Stodollick:

Flop, die Wette gilt!

"Mülheims Bürger haben ein Recht darauf zu erfahren, was die mindestens fahrlässigen, wenn nicht gar grob fahrlässigen Spekulationsgeschäfte der Stadt mit Steuergeldern noch alles anrichten können.

Der Kämmerer sollte endlich Tacheles reden. Es kann nicht sein, dass sich die Stadt hinter einem vermeintlichen Geschäftsgeheimnis versteckt hält. Damit erweist sie sich selbst einen Bärendienst: Sie schafft beziehungsweise verstärkt Misstrauen. Die Stadt hat Geld der Bürger verzockt, zur Rettung der maroden Landesbank müssen ebenfalls die Bürger geradestehen. Über die Wettangelegenheiten den Mantel der Verschwiegenheit zu legen, wird dem Ausmaß der Millionen-Pleite keinesfalls gerecht."



Kämmerer Bonan hat nun angekündigt, die Finger endlich ganz von Zinswetten (swaps) zu lassen. Das hätte man früher haben können und müssen, hätte man nur den MBI-Antrag auf generelles Spekulationsverbot nicht mehrheitlich erst weggestimmt und später abgelehnt! Trotz der BGH-Grundsatzentscheidung von März 2011 wollte Mülheim nämlich bei

Millionenverlusten mit swaps keinen Schadensersatz einklagen. Die MBI stellten deshalb den Antrag auf generelles Spekulationsverbot auch in Fremdwährungen und zu Klagen gegen Banken und Aufsichtsbehörde des RP, die das Zocken selbst im Nothaushalt erlaubte oder gar förderte! Der MBI-Antrag wurde im April von der Tagesordnung gestimmt! Nach Akteneinsicht wiederholten die MBI den Antrag für Juni, doch im Finanzausschuss wurde er peinlich abgebügelt!

Swappen und zocken ohne Ende? Hätte man nur auf die MBI gehört!!

NRW-Kommunen im Nothaushalt müssen laut Innenministererlass Verkaufserlöse zur Schuldentilgung in den Haushalt überführen. Kämmerer Bonan behauptete auf MBI-Nachfrage im Rat am 21.7., die Finanzierung der geplanten Sportanlage in Heißen über Verkauf und Umwandlung von 4 anderen Sportplätzen sei mit dem RP als Aufsichtsbehörde abgesprochen, welche Zustimmung signalisiert habe. Schriftlich lag nichts vor.

Die MBI schickten am 28.7. eine **Beschwerde an Innenminister Jäger wegen des Finanzierungskonzepts über geplante Grundstückserlöse trotz Nothaushalts**, verbunden mit der Aufforderung, den Grundstückskauf Hardenbergstr. deshalb zu untersagen. Nachdem IM Jäger sich für nicht zuständig erklärte und an den RP verwies, schickten die MBI am 2.9. eine weitere **Beschwerde an Ministerpräsidentin Kraft.**

Alles erlaubt in der Bananenrepublik Mülheim? Mit Düsseldorfer Rückendeckung?

Im Sept. ergab eine MBI-Anfrage, das LIDL-Grundstück Hardenbergstr. sei mit notariellem Kaufvertrag bereits erworben worden! Im Nov. kam dann eine Stellungnahme des RP zur Beschwerde an den Innenminister. Grundsätzlich hätten die MBI Recht, doch die Prüfung der Finanzierung sei noch nicht abgeschlossen, so dass die Finanzaufsicht zum jetzigen Zeitpunkt nichts zu einer möglichen Ausnahme von Grundsatz der Vorrangigkeit der Schuldentilgung sagen könne. Zum Grundstückskauf kein Wort. *Griechenland läßt grüßen! Oder Italien?*

Auf den folgenden Seiten:

- Verarmung der Unter- und Mittelschichten auch durch Gebührenmissbrauch, Bspl. Mülheim S. 2+3
- Weihnachtsmarkt nur noch in der Altstadt?!..... S. 3
- Bebauungsplan U 17 (Fünterweg/Honigsberger Str.) vom OVG aufgehoben! S. 4

Einlegeblatt: **Kommunaler Rettungsschirm für den maroden RWE-Konzern?**

Verarmung der Unter- und Mittelschichten auch durch Gebührenmissbrauch

Anfang Nov. stellte das DIW (Deutsches Institut für Wirtschaft) seine Studie über die **Entwicklung der Reallöhne** in Deutschland **seit dem Jahre 2000** vor. Reallöhne bedeutet inflationsbereinigt oder brutto minus Anstieg der Lebenshaltungskosten entsprechend des sog. Verbraucherindexes. **Ergebnis:**

- Durchschnittlich sanken die Reallöhne um 93 • monatlich und nur die obersten 20% Einkommen verdienen heute real mehr Geld als 10 Jahre zuvor.
- Deutlichster Gewinner ist das allerbestverdienende Zehntel, das seinen Reallohn von 5368 auf 5481 • steigern konnte, also 2,1%. Beim 2. Zehntel "nur" noch wenig mehr Geld im Portemonnaie mit 3440 statt 3434 • (+0,2%)
- Die restlichen 80% sind alle Verlierer, prozentual am meisten im zweituntersten Zehntel (-23,1% bei nur noch 614 • Reallohn statt 798 • 10 Jahre davor) und im allerärmsten Zehntel mit durchschnittlich nur noch 259 • Reallohn sind das -19,1% weniger als im Jahr 2000 mit 320 •.
- Absolut am meisten Einkommensverlust haben aber das 3. Zehntel mit 242 • weniger Reallohn (-18,8%) und nur noch 1048 • Einkommen sowie das 4. Zehntel, bei dem das durchschnittliche Realeinkommen von 1658 • in 10 Jahren auf 1440 • fiel, satte 218 • weniger oder -13,1%.
- Auch beim 5. Zehntel sank der Reallohn noch deutlich um 160 •, was aber „nur“ noch -8,2% ausmacht. Je höher dann die Einkommen, je weniger sank der Reallohn, bis zu den oberen 20% (s.o.).



Diese Ergebnisse sind erschreckend, denn

- 1.) **wurden die Ärmsten der Armen noch ärmer**
- 2.) **die reichsten der Reichen noch reicher**
- 3.) **werden große Teile der Mittelschichten zusehends und ziemlich rasant ausgepowert.**

Das gesamte Ergebnis zeigt ein Auseinanderdriften der Gesellschaft, und das in dem Jahrzehnt mit der niedrigsten Inflation, zumindest auf dem Papier. Das überproportionale Wachstum des Niedriglohnssektors zusammen mit den Hartz IV-Gesetzen unter der Regierung Schröder/Fischer hat diese Entwicklung beschleunigt. Die TEURO-Umstellung und die Explosion der Energiepreise haben ein Übriges getan.

Hinzu kommen die hohen Steigerungen der Zwangsgebühren für Straßenreinigung, Müllabfuhr und Abwasserbeseitigung, mit denen Städte wie Mülheim sich und die privatisierten „Partner“ bedienen, und zwar am Rande der Legalität, weil diese Gebühren eigentlich keine Überschüsse abwerfen dürfen, sondern kostendeckend als jeweiliges Solidarsystem vorgeschrieben sind.

Da die Aufsichtsbehörden den Gebührenmissbrauch aber mitspielen, die Staatsanwälte nichts unternehmen, müssen fast immer die Verwaltungsgerichte entscheiden. Häufig stellen sie unerlaubtes Abzocken von Kommunen fest, doch dann wird entweder schnell ein Vergleich mit den Klägern gemacht (wie zu den unrechtmäßigen Mülheimer Müllgebühren) oder aber einzig die Kläger erhalten das illegal kassierte Geld zurück (wie bei der unrechtmäßigen Gebührenerhöhung Abwasser der Stadt Mülheim mitten im Jahr).

Die Städte mauscheln sich daher weiter unerlaubt Gebühren zusammen wie bei der unglaublichen Geschichte mit der Übertragung von 5,4 Mio. • Überschüssen aus Abwassergebühren in den städt. Haushalt bei gleichzeitiger Behauptung von Gebührenunterdeckung in Millionenhöhe.

Wie genau sich das riesengroße Finanzkasino von Bänkern, hedgefonds und anderen Spekulanten, das nach seinem Zusammenbruch durch Milliarden öffentlicher Gelder „gerettet“ wurde, was dann in der Folge zu Dollar- und Eurokrisen führen musste, sich auf die bereits o.g. dramatische Verarmung der Unter- und der Mittelschichten auswirken wird, wenn die Schuldenkrise zur Wirtschaftskrise wird, lässt einen Schlimmes ahnen.

Umso wichtiger aber wäre es, dass für die bedrohte untere Hälfte der Gesellschaft (nicht mehr nur das untere Drittel!) zumindest die lebensnotwendigen Zwangskosten für Wasser, Strom, Heizung, Abwasser, Müll und Straßenreinigung erträglich blieben.

Doch die Stadt Mülheim, ihre privatisierten Gesellschaften und die Übermutter RWE versuchen das exakte Gegenteil. Schlimm nur, dass die Mehrheit der gewählten Volksvertreter im Stadtrat das auch noch abnickt gegen die eigenen Wähler/innen!!

Im Mülheimer Umweltausschuss am 11.11.11 hatte der Wohnbund NRW beantragt, alle geplanten drastischen Mülheimer Gebührenerhöhungen abzulehnen, um die Bürger nicht zu sehr zu schröpfen. Umweltamtsleiter Zentgraf wiederholte seine Begründungen als Antwort und das war's, keine Abstimmung oder Stellungnahme zu dem Bürgerantrag.

Folgende **Gebührenerhöhungen** soll es für **2012** geben:

- **Für Mülltonnen bis zu 10,2%, Winterdienst bis 42%,
Straßenreinigung bis 14,9% und Abwasser gar 18,3% Erhöhung!**

Die Gebührenkalkulationen sind aber alle nicht nachvollziehbar und unseriös, weil die Begründung bei allen Erhöhungen die angebliche Unterdeckungen aus mehreren Vorjahren sein soll. Das kann aber überhaupt nicht sein, weil diese Gebühren jedes Jahr kostendeckend berechnet werden müssen, weshalb z.B. eine Unterdeckung in einem eigenständigen und von dem städt. Haushalt unabhängigen Gebührenhaushalt von vor 3 oder 4 Jahren dabei nicht existieren kann bzw. darf. Wenn es so wäre, hätte die Verwaltung in den vergangenen Jahren unzulässig Gebühren berechnet und kassiert.

Ungeachtet dessen stimmten SPD und CDU den geplanten Gebühren für Müll, Straßenreinigung und Winterdienst zu. Zu den Abwassergebühren wurde die Abstimmung vertagt, weil die SPD beantragt hatte, zu prüfen, ob die 18,3% durch Zurückstellung von geplanten Investitionen im Kanalbau reduziert werden könnten.

In der Beratung darüber wurde auch der MBI-Antrag behandelt, die fiktiven kalkulatorischen Zinsen zur Berechnung des Gebührenbedarfs Abwasser mit realistischeren 4% statt mit 6% anzusetzen, womit die Hälfte der geplanten Abzockererhöhung von 18,3% begründet wird. Die andere Hälfte stammt aus angeblichen Unterdeckungen vergangener Jahre und das, obwohl letztes Jahr 5,4 Mio. • Überschüsse des Abwasserbetriebes entnommen und in den städtischen Haushalt überführt wurden.

Der angebliche Mehrbedarf von 5,3 Mio. Euro in 2012 entspricht also fast genau dem Gebührenklau. Das ganze ist mehr als dreist! Eine Erhöhung der Abwassergebühren zur Haushaltssanierung ist nämlich verboten. Dennoch scheinen Verwaltung und Ratsmehrheit aber genau das vorsätzlich zu wollen. Der SPD-Antrag akzeptiert das und stellt lediglich ein Ablenkungsmanöver dar!

Zum geplante neuen neuen **RWW-Wassertarif als sog. "System"preis** (Umstellung vom „Zählermaßstab“ auf „Wohneinheiten-Maßstab“ und Erhöhung der Grundgebühr von 20 auf 50% auch noch pro Wohneinheit und nicht mehr pro Wasserzähler) stimmten im Umweltausschuss am 11.11.11 SPD, CDU und FDP sogar den MBI-Antrag ganz von der Tagesordnung, womit die ökologischen Auswirkungen dieses bedenklichen Vorhabens des RWW-„System“preises thematisiert werden sollten.

So also kann das RWW ab Jan. 2012 sein Risiko bei sinkender Einwohnerzahl minimieren und gleichzeitig die trudelnde Mutter RWE den RWW-Verkaufspreis deutlich erhöhen.

Alle Jahre wieder..... Zoff zwischen Weihnachts- und Wochenmarkt
**MBI fordern: Schluss mit dem traurigen Weihnachtsmarkt auf der
Schlossstraße! Richtiger Weihnachtsmarkt nur in der Altstadt!**

MBI-Antrag zum Hauptausschuss am 24.11.11: Der Hauptausschuss möge beschließen:
Die MST wird beauftragt, zur Februarsitzung des Hauptausschusses ein erstes Konzept für die Neukonzeptionierung des Mülheimer Weihnachtsmarktes ab 2012 zu erarbeiten und zur Beratung im HA vorzulegen, und zwar mit folgenden Vorgaben:

- 1.) ab 2012 kein Weihnachtsmarkt mehr auf der Schlossstraße, welche nur noch weihnachtlich geschmückt wird bei Verbleib des Wochenmarktes dort in der Vorweihnachtszeit. (Bild rechts von der vollen Schlossstr. ist Jahrzehnte her!)



- 2.) Erweiterung Adventsmarkt in der Altstadt zu einem richtigen Weihnachtsmarkt mit evtl. Einbeziehung von Leineweber- und Bachstr. inkl. Parkplatz sowie Siegfried-Rheda-Platz.

Übrigens wurde bereits im Jahre 2000 (!) mit großer Mehrheit auf MBI-Antrag hin beschlossen, den Weihnachtsmarkt nur noch in der Altstadt zu veranstalten, weil der auf der Schloßstr. bereits damals ziemlich unattraktiv geworden war.



Bebauungsplan U 17 vom OVG aufgehoben!

MBI-Vorschlag für den Planungsausschuss am 22.11.2011 TO: öffentlich
Betr.: Sachstandsbericht U 17, OVG-Urteil zur Unwirksamkeit
und evtl. bereits erteilte Baugenehmigungen

Unter dem Aktenzeichen 10 D 31/09 NE hat das Oberverwaltungsgericht in Münster (OVG) am 18. Oktober 2011 in dem Normenkontrollverfahren gegen die Stadt Mülheim wie folgt geurteilt:

„Der Bebauungsplan „Honigsberger Straße/Fünter Weg – U 17“ der Stadt Mülheim an der Ruhr ist unwirksam. Die Antragsgegnerin Stadt trägt die Kosten des Verfahrens. Die Revision wird nicht zugelassen.“

Die Verwaltung möge dem Ausschuss darlegen, warum das OVG so geurteilt hat, und welche Schlussfolgerungen daraus für den aufgehobenen B-Plan U 17 gezogen werden sollen.

In der NRZ vom 27.10.11, also 9 Tage nach dem o.g. OVG-Urteil, war folgende Information im Artikel :“Die Jugend als Säule des Alters“ zu lesen: „Für die Älteren müssen altersgerechte Wohnungen geschaffen werden Zum Beispiel die elf Wohneinheiten am Fünter Weg, die man jetzt gemeinsam mit der MWB auf den Weg gebracht hat. „Die Baugenehmigung ist gerade erst bewilligt worden.“

Die Verwaltung möge darstellen, was genau wann am Fünterweg genehmigt wurde und wie das ggfs. mit dem OVG-Urteil vereinbar sein könnte bzw. ob die Genehmigung, falls wirklich erteilt, zurückgezogen werden muss, da der U 17 nun unwirksam ist.

Anmerkungen MBI zum OVG-Urteil:

Auf 20 Seiten wird das Urteil begründet. Es hagelt darin nur so an Ohrfeigen für die Stadt!!

18 Jahre dauerte die Aufstellung des B-Plan U 17 „Fünterweg/Honigsbergerstr.“. Der Mülheimer Wohnungsbau (MWB) wollte im Innenbereich bauen und die meisten anderen Anlieger wollten ihre Gärten erhalten. Ganze 5 Seiten braucht das Gericht, nur um das Verfahren mit den dauernden Nachbesserungen zu beschreiben. Zur Frage des Bedarfs gesteht das OVG der Stadt ihre Planungshoheit zu und selbst zur Frage der evtl. Enteignung sieht es keinen ausreichenden Grund, den B-Plan aufzuheben. Doch der gesamte Rest ist ein derartiger Verriss bzw. eine Bescheinigung für beispiellose Schlamperei bzw. Unfähigkeit, auch nach 20 Jahren intensiver Arbeit einen B-Plan korrekt und den Vorschriften entsprechend aufzustellen.

Ob und wie die Stadt den B-Plan U 17 neu auflegt, wird sich zeigen. Die Devise „Augen zu und durch“ bzw. "Aussitzen und Ausschweigen" hilft nicht weiter!

Unabhängig von allen juristischen Fragen ist und bleibt das Kernproblem des U 17, dass es höchst bedenklich ist, gegen den Willen der meisten Grundstückseigentümer Bauland zu schaffen und ihnen dann auch noch Erschließungskosten aufzubrummen. Derartige Planung nur für einen Investor wie in dem Fall dem Mülheimer Wohnungsbau (MWB), dem die Mehrheitsfraktion nahe steht, ist Filz in Reinkultur, auch wenn der letztendliche Ratsbeschluss ein unappetitlicher Kuhhandel von SPD und CDU im Tausch gegen den B-Plan „Mariannenweg“ in Dümpten war, womit die CDU „ihrer“ Kirche einen Gefallen tun wollte.

Mehr aus und in den Gremien, u.a.

Im **Umweltausschuss** am 11.11. war der MBI-Antrag erfolgreich, einen RP-Vertreter zu laden zum **Vertrag mit dem Fallwerk Jost** sowie dessen Implikationen für Umwelt und Anwohner

In der **BV 2 am 8.11. und der BV 3 am 10.11.** wurde auf MBI-Antrag hin jeweils beschlossen, vor den Bürgerversammlungen **zum ÖPNV keine Beschlüsse** zu fassen. **Der Wirtschaftsausschuss am 17.11.** bestätigte dies, so dass alle Vorschläge bis zum Frühjahr geprüft werden können. Der Aus-

schuss stimmte den MBI-Antrag zur **Parkscheibenregelung Innenstadt** leider von der Tagesordnung! Im **Sportausschuss** am 14.11. wurde auf MBI-Antrag hin jeweils beschlossen:

- 1.) den uneingeschränkten **Erhalt des Sportplatzes von-der-Tann-Str.** in Styrum und den Beschluss zum Verkauf des Geländes für Einfamilienhäuser neu zu prüfen
- 2.) das **Freibad Styrum (Naturbad)** der Mülheimer Bevölkerung **uneingeschränkt zu erhalten**

**M ü l h e i m e r
B ü r g e r -
I n i t i a t i v e n** ●

**Fraktion in Rat und
Bezirksvertretungen
der Stadt Mülheim a.d.Ruhr**
Fraktionsbüro: Kohlenkamp 1
45468 Mülheim / Ruhr
Telefon: 0208-3899810
Telefax: 0208-3899811

M B I

e-mail: fraktion@mbi-mh.de

<http://www.mbi-mh.de>

Zwei richtungsweisende Entscheidungen pro RWE in Mülheim: Es wird eisig a.d. Ruhr mit den kommunalen Rettungsschirmen für den trudelnden RWE-Konzern!



Von wegen vorRWEg gehen!

Der Energiekonzern RWE ist in schwerer Krise aufgrund fundamentaler Management-Fehler. Die Unternehmenspolitik setzte derart massiv auf Atom und

Kohle, dass der Essener Energieriese arg ins Hintertreffen geraten ist. Ausbleibende Milliarden aus der mit Fukushima gestorbenen AKW-Laufzeitverlängerung und gigantische Fehlinvestitionen in zukunftslose Projekte werden den Konzern noch über Jahre belasten. Auch ohne die deutsche Energiewende hatte der Kurs des Mülheimer Stahlmilliardärs und RWE-Chefs Großmann den Konzern in Schieflage gebracht. Seine gesamten Atompläne waren bereits milliardenschwere Flops, ob in Bulgarien, Holland oder England, als in Deutschland auch Schwarz-Gelb im Juni 11 das Zeitalter erneuerbarer Energien endgültig einläutete.

Doch genau der Sektor hatte bis dahin beim RWE lediglich den Status des „Stiefmütterchens“ eingenommen. **Neben dem Atomkurs setzte RWE weiter massiv auf heimische Braunkohle und billige Importkohle, ist also eindeutig Europas Klimakiller Nr. 1. Um sich dafür Verschmutzungsrechte zu sichern, baute das RWE u.a. für sage und schreibe 120 Mio. • das weltweit größte Werk für Holzpellets in Georgia, USA, vgl. WAZ vom 14.5.11. Dafür sollen im ganz großen Maße amerikanische Sumpfkiefern verarbeitet werden, um dann die Pellets nach Europa zu schicken zur Verfeuerung in niederländischen und britischen Kohlekraftwerken, was in Deutschland verboten ist. Nahe der deutschen Grenze am Rande des Nationalparks Wattenmeer baut RWE dafür in Eemshaven für Milliarden ein riesiges Kohlekraftwerk, dessen Genehmigung aber vom höchsten holländischen Verwaltungsgericht verworfen wurde. So möchte RWE vorerst viele Mio. • weniger für CO2-Verschmutzungsrechte aus Kohle bezahlen, weil Kiefern als nachwachsende Rohstoffe (noch) als CO2-neutral bewertet werden. Das Ganze ist eine riesige ökologische Katastrophe, deren Bevorzugung sicher in wenigen Jahren beendet werden wird. Dieser ökologische Wahnsinn reißt den maroden Konzern finanziell noch weiter in Turbulenzen.**

Aus ähnlicher Motivation setzte das RWE auf CCS, die unterirdische Lagerung des klimaschädlichen CO2, um auch so Verschmutzungsrechte in großem Umfang nicht zahlen zu müssen. Österreich hat die ungeklärte CCS-Technik bereits verboten und auch der deutsche Bundestag hat vor kurzem alles erst einmal auf Eis gelegt. Gut so für die Allgemeinheit, aber auch das schlecht für das RWE, das eben nicht auf wirkliche Zukunftstechnologien gesetzt hat, sondern nur auf Verlängerung von Atom und Kohle und einzig auf zentralisierte Konzepte. Das rächt sich nun deutlich und massiv.

Auch die Versuche, mit seiner Modellstadt Mülheim (Prof. Dr. Mülheim) im Markt der „smart meter“ („intelligente“ Stromzähler) und in den e-mobility-Markt über Elektro-Smarts vorweg zu gehen, scheiterten recht kläglich bzw. bewegten sich in ihrem unausgegorenen Schneckentempo eher hinterher als vorweg oder getreu des leicht abgewandelten RWE-Mottos "IRRWEG GEHEN", was die RWE-Unternehmenspolitik der letzten Jahre besser beschreiben würde!





Leidtragende sind die Teile des Konzerns, die profitabel sind und die Aktionäre, die über längere Zeit deutlich weniger Dividende zu erwarten haben. **Im Gas- und Stromgeschäft hat RWE gemerkt, dass man nicht weiter arrogant als Abzocker auftreten darf, will man nicht noch mehr Kunden verlieren. Deshalb läuft seit Wochen die groß angelegte Werbekampagne zu stabilen Preisen von „VoRWeg gehen“.** Doch auch das kommt arg spät, nachdem viele

hunderttausende Stromkunden vom RWE zu anderen Anbietern gewechselt haben.

Und dann bleiben noch die vielen Kommunen, in denen das RWE bisher seine treuesten Verbündeten hatte und hat. Als Aktienbesitzer müssen sie bereits große Einbußen hinnehmen. Immer mehr Kommunen wollen ferner Teile der Stadtwerke, der Netzkonzessionen, der Wasserwerke u.ä. rekommunalisieren, wohl wissend, dass genau das die einzig krisensicheren Einnahmequellen sind, die zudem die Daseinsvorsorge beinhalten, die die Kommunen ohnehin sicherstellen müssen.

Nachdem der Traum von den Atom-Milliarden fast ohne Gegenleistung vom Tsunami in Japan überrollt wurde, nachdem auch die RWE-Strategie zur Reduktion der hohen Kosten für Verschmutzungsrechte für immerhin Europas größten CO2-Produzenten ebenfalls ins Trudeln geriet, hat der Kampf um die Kommunen und deren Daseinsvorsorge sich intensiviert. Eine Schlüsselstellung dabei hat die Stadt des RWE-Gründers Stinnes, in der nicht zufällig auch der jetzige RWE-Chef wohnt (in der ehemaligen Thyssen-Villa), deren OB im RWE-Aufsichtsrat sitzt, die im Verhältnis zur Einwohnerzahl die meisten RWE-Aktien hält und wo sich der Energiekonzern in der Vergangenheit auch günstigst in viele andere Bereiche der kommunalen Daseinsvorsorge einkaufen konnte, in Gas-, Fernwärme, Müll- und vor allem das Wassergeschäft, seitdem das RWE 80% des regionalen Wasserversorgers RWW mit Sitz in Mülheim hält. Müllabfuhr und Straßenreinigung hat das RWE längst an Remondis weiter verkauft und auch das RWW wird bei der selbst erzeugten Problemlage des Konzerns auf Dauer ebenfalls verkauft werden, wenn es finanziell gänzlich ausgeschlachtet und für den Weiterverkauf deutlich aufgehübscht ist.

In Mülheim/Ruhr, der kleinen Großstadt genau zwischen Düsseldorf, Duisburg, Essen und Oberhausen, weiß das angeschlagene RWE sich auf sicherem Terrain: Die SPD-OB als Aufsichtsrätin, die SPD-NRW-Ministerpräsidentin im Rücken, ein ex-RWE-Mann als den wichtigen Chef der Beteiligungsholding und inzwischen fast unverkäufliche Millionen von RWE-Aktien machen die Stadt gefügig, zumindest solange, wie die CDU mitspielt, denn ohne CDU findet die Mülheimer SPD keine Mehrheit pro RWE. So gelang es mit der CDU nun 2 wichtige Weichenstellungen im Sinne des RWE zu stellen: Zur Stromkonzession knickte die CDU wieder ein und zum Wasser-„System“ preis half sie kräftig mit, eine öffentliche Diskussion garnicht erst aufkommen zu lassen.

Und so baut die Stadt Mülheim kräftig mit am RWE-Rettungsschirm!

Heute war der WAZ zu entnehmen, dass alle Mitbewerber um die Stromkonzession sich abgemeldet haben, nachdem selbst der halb-kommunale Versorger medl verzichtet hatte. Mit der vorzeitigen Verlängerung der Mülheimer Stromkonzession ist leider auch eine Vorentscheidung gegen alle denkbaren städteübergreifenden Modelle im Stromsektor zumindest des westlichen Ruhrgebiets schwierig geworden, wenn nicht unter RWE-Federführung. In etlichen Nachbarstädten laufen in den nächsten Jahren die Konzessionsverträge nämlich aus. Das Mülheimer RWE-Gebiet mittendrin blockiert dann logischerweise etliche zukunftsweisendere Lösungen unabhängiger vom RWE.

Zum geplanten RWW-Wassertarif (Umstellung vom „Zählermaßstab“ auf den „Wohneinheiten-Maßstab“ und Erhöhung der Grundgebühr von 20 auf 50% pro Wohneinheit und nicht mehr pro Wasserzähler) stimmten SPD, CDU und FDP sogar den MBI-Antrag zur Ablehnung gleich ganz von der Tagesordnung des Umweltausschusses, womit die ökologischen Auswirkungen dieses Vorhabens nicht thematisiert zu werden brauchten. So kann also das RWW ab Januar 2012 sein Risiko bei sinkender Einwohnerzahl minimieren und gleichzeitig die Mutter RWE den RWW-Verkaufspreis deutlich erhöhen.